



Liebe Bürgerinnen und Bürger in Altona,

INHALT

Editorial S.1

Interview mit Professor Gessenharter S.2

Eröffnung Infozentrum Neue Mitte Altona S.5

Fahren gegen Gewalt an Frauen S.6

Bezirk beschließt Fördermittel S.7

Die Altonaer SPD-Abgeordneten S.8

Ausschuss-Mitglieder S.9

BöV 38 bleibt geöffnet S.10

Tourismus in Altona S.11

Der neue Schul- und Entwicklungsplan 2012 ist da S.12

Neue Mitte auf alter Brache - Fotostrecke S.13

Kennen Sie Ihre Abgeordneten? S.15

Wir sind für Sie da S.16

Impressum S.16

ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Ein Jahr, das in Altona einen politischen Umbruch eingeleitet hat. Seit der Bezirkswahl vom 20. Februar stellen wir Sozialdemokraten die stärkste Fraktion, mit der GdL, haben wir einen Koalitionspartner, mit dem wir zusammen wir über eine komfortable Gestaltungsmehrheit verfügen. In Altona wie in Hamburg regiert wieder die Hamburg-Partei SPD. Die zeh-



jährige Dominanz der CDU an Elbe und Alster ist Geschichte.

Der politische Umbruch in Hamburger Westen macht sich in einer Aufbruchsstimmung bemerkbar. Wir haben etliche Wohnungsbauprojekte angestoßen, die schon in wenigen Jahren zu einer deutlichen Entlastung des arg angespannten Mietmarktes führen werden. Aber nicht jedes Bauprojekt wird automatisch von allen Menschen gutgeheißen. Ergibt Anwohner,

die um ihre gewohnte Ruhe bangen, andere befürchten steigende Bestandsmieten weil die neuen Wohnungen die Sozialstruktur ihres Viertels verändern werden. Wieder andere befürchten, dass die Neubauten viel zu groß oder klöbig werden. Diese Bedenken nehmen wir ernst. Die Zeit der Basta-Entscheidungen von Oben ist vorbei, wir setzen auf eine Kultur der Bürgerbeteiligung. Damit

meine ich eine echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Stadtteilen. Denn was bei einer nur halbherzigen Beteiligung der Menschen mittels Hochglanzbroschüren passiert, haben wir eindrucksvoll beim Bürgerprotest „Stuttgart 21“ erleben können.

Wir treiben neben mehreren kleinen und einigen großen Wohnungsbauprojekten auch ein städtebauliches Großvorhaben mittels Bürgerbeteiligung

voran: Die Planung der Neuen Mitte Altona. Dieses Projekt begleitet Professor Wolfgang Gessenharter, ein ausgewiesener Fachmann in Sachen Moderation zwischen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Politik und Verwaltung sowie der Investoren. Der emeritierte Politikprofessor von der Helmut-Schmidt-Universität erläutert ab Seite 2, worauf es ankommt bei einem Beteiligungsverfahren, das diesen Namen wirklich verdient.

Außerdem beantwortet dieser Newsletter die Frage, wie das Stadteinkulturhaus BöV 38 in Lurup das kommende Jahr finanziell überstehen wird und begründet, warum Altona die Fahne gegen Gewalt an Frauen gehisst hat. Trotz all der schweren Themen, die uns Politik und Wirtschaft im ablaufenden Jahr besetzt haben, wünsche ich Ihnen die nötige Leichtigkeit für ein geruhiges Weihnachtsfest im Kreis Ihrer Lieben und eine fröhliche Silvesterfeier.

Bis zum nächsten Jahr verbleibe ich Ihr

Thomas Adrian,
Fraktionsvorsitzender

„Stuttgart muß uns eine dauerhafte Warnung sein“

Professor Wolfgang Gessenharter im Gespräch mit Thomas Adrian über Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung

Thomas Adrian: Das Hamburger Abendblatt behauptet, sie gälten als „eine Art Beteiligungs-Papst“. Wie erkenne ich ein gutes Beteiligungsverfahren?

Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter: Sie wissen schon: Als richtiger Papst kann nur gelten, wessen Vater und auch Großvater schon Papst war. Aber im Ernst: Mein erstes wichtiges Beteiligungsverfahren war Anfang der 90er Jahre, wo es um das Problem des Zusammenlebens der einheimischen Bevölkerung einer Stadt mit Ausländern, das hieß damals hauptsächlich Asylbewerber, ging. Vor Beginn des Verfahrens merkten wir sofort, dass innerhalb der Bevölkerung gegenseitige Verdächtigungen, Herabwürdigungen und Vorwürfe dominierten. Unswarklar, dass wir als erstes dafür zu sorgen hatten, dass erst alle Konfliktparteien auf gleicher Augenhöhe sein müssen, um überhaupt miteinander umgehen zu können.

Sich beteiligen heißt ja, Teil eines gemeinsamen Projekts zu sein. Wenn jemand versucht, andere zu dominieren, will er das Ganze sein, aber eben nicht mit anderen teilen. Gleiche Augenhöhe ist also notwendige Bedingung für ein Beteiligungs-

verfahren, ohne sie geht es nicht. Darauf können sich dann weitere Elemente aufbauen: Offene Kommunikation, Engagement, Zielorientiertheit, Lust am Entwickeln neuer Ideen usw. Ein schlechtes Beteiligungsverfahren macht dessen Mitglieder mutlos, missmutig, verbissen, bis sie dieses Verfahren verlassen, und natürlich ist es auch nicht für neue Mitglieder attraktiv.

Die Politikverdrossenheit wird zunehmend durch ein wachsen des Selbstbewusstseins der Bürgerinnen und Bürger abge-

löst. Produzieren die „Wutbürger“ neue Konflikte oder zeigen Sie bestehende Konflikte auf?

Ich teile Ihren Optimismus nicht ganz. Politikverdrossenheit und Selbstbewusstsein bestehen derzeit nebeneinander und sind auch noch ziemlich stark schichtenmäßig bestimmt. Politikverdrossenheit ist besonders bei Menschen mit geringer Ausbildung zu beobachten, mit zunehmender Ausbildung nimmt sie ab. Umgekehrt ist es beim Selbstbewusstsein. Die sogenannten „Wutbürger“ sind Politiker- und

Parteienverdrossen, weniger Politikverdrossen. Sie können ihre Interessen gut vertreten, tun das aber lieber in Initiativen als in Parteien, sind damit auch protestgeübt; und sie sind kompetent und gut ausgebildet. Und ganz wichtig: Sie engagieren sich zeitlich wie sachlich eher punktuell, dann aber gezielt und mit großer Wucht. Ob sie neue Konflikte aufbringen oder sich in schon bestehenden engagieren, hängt von ihren eigenen Interessen ab. Durch ihren Druck können sie aber partiell durchaus die politische Agenda bestimmen – zumindest unübersehbar mitbestimmen.

Sie haben rund ein Dutzend Konflikte in Deutschland begleitet. Lassen sich typische Interessen benennen, die regelmäßig aufeinanderprallen?

Sehr häufig prallen ökonomisch motivierte Interessen an Veränderung, an Modernisierung, an Erweiterung auf solche Interessen, die durch derartige Wünsche und Entwicklungen Nachteile für sich befürchten.

Man sagt sich: Ich befürchte, dass die Vorteile, die du durch deine Handlungen erreichen möchtest, für mich zum Nachteil werden; und das lasse ich nicht zu.



Thomas Adrian und Professor Wolfgang Gessenharter (rechts) im angeregten Gespräch über Bürgerbeteiligung

Wer fragt in der Regel, ob Sie einen Konflikt moderieren möchten?

Normalerweise der, der an der Konfliktregelung das meiste Interesse hat und deshalb auch bereit ist, die Kosten dafür zu übernehmen. Bei mir war es in den meisten Fällen die Politik oder die Verwaltung. Besonders interessant ist aber der Zeitpunkt der Nachfrage. Ganz oft heißt es im Klartext: „Könnten Sie sich vorstellen, diesen Konflikt zu lösen – und am besten schon vorgestern?“ Man hat also schon wieder einmal erwartet, bis es fast zu spät ist, bis das Kind schon fast in den Brunnen gefallen ist.

Wie gelingt es Ihnen, dass alle Beteiligten Ihr Mandat zum Moderieren akzeptieren?

Ich versuche sofort bei meiner ersten Kontaktaufnahme jedem/jeder Beteiligten das sichere Gefühl zu geben, dass ich an seiner/ihrer Sichtweise des Konflikts interessiert bin, dass ich sie/ihn verstehen möchte. Der unmittelbar nächste Schritt ist, dass ich ganz deutlich mache, dass ich dieselbe Haltung auch der anderen Seite entgegenbringe. Ich nenne dabei meine Haltung bewusst nicht „neutral“, sondern „allparteilich“. Ich habe vorhin von „gleicher Augenhöhe“ gesprochen – darum geht es!

Als dritten Schritt versichere ich, dass ich mich vorher genau geprüft habe, dass ich in der Sache keine Vorlieben habe, also

insofern glaube, neutral zu sein.

Als nächstes bekunde ich meine Absicht, keinen wichtigen Schritt im Verfahren ohne gegenseitige Absprache zu tun. Und irgendwann mache ich auch noch klar, dass mir nicht daran gelegen ist, den Konflikt zu verlängern, sondern möglichst bald zu einer – hoffentlich – Win-Win-Lösung hinführen kann.

Halten Sie jeden auftretenden Konflikt für lösbar?

Lösbar im Sinne von förmlich beendbar ist jeder Konflikt, im Zweifelsfall durch Gerichte und deren Zwangsmittel. Dabei bleiben dann aber Verlierer auf der Strecke, und oft freut sich der Sieger auch nicht richtig. Insgesamt zufriedener stellender und damit nachhaltiger ist natürlich eine Konfliktregelung, wo jeder einen Gewinn hat und jeder dem anderen dessen Gewinn gönnt. Das sind die sogenannten Win-Win-Lösungen.

Wenn allerdings ein Konflikt bereits derart eskaliert ist, dass jeder dem anderen nur noch Verluste beibringen möchte, auch wenn er dabei selbst zu Schaden kommt, ist nur noch wenig Spielraum für eine beidseitig befriedigende Regelung. Also sollte man ganz frühzeitig versuchen, solche Situationen erst gar nicht entstehen zu lassen.

Haben Sie schon mal eine Anfrage für eine Moderation abgelehnt oder haben Sie gar schon eine

Moderation mitten drin abgebrochen?

Es gab 2002 eine Anfrage vom Hamburger Senat an mich. Ich hätte diese abgelehnt, wenn die Beauftragung durch einen Senator aus der damals mitregierenden Schill-Partei erfolgt wäre. Nachdem sicher gestellt war, dass dies nicht eintreten würde, habe ich übernommen.

Einen Abbruch musste ich bisher noch nicht erleben; aber manchmal war die Situation schon sehr gespannt. Im Endeffekt aber haben sich dann jene Kräfte durchsetzen können, die der Überzeugung waren, dass der Abbruch einer Konfliktmoderation fast immer bedeutet, dass man dann die Entscheidung endgültig in fremde Hände legt.

Als Ultima Ratio empfehlen Sie Volksentscheide. Das Volk hat am 27. November in Baden-Württemberg entschieden: Der unterirdische Bahnhof in Stuttgart wird gebaut. Die Verlierer beteuern, dass sie das Votum akzeptieren. Trauen Sie dem Frieden?

Volksentscheide gehören zu den stärksten Legitimation schaffenden Institutionen einer Demokratie. Aber sie sind „schwerfällig“. Ihre Ja-Nein-Entscheidungen werden oft der Vielfältigkeit und Kompliziertheit einer Situation nicht gerecht. Gegenüber dem altherwürdigen „Dinosaurier“ Volksentscheid tun die kleinen wendigen „Eidechsen“ oft bessere Dienste. Von solchen wendigen

Instrumenten haben wir eine ganze Palette, wie z.B. Planungszelle, um nur eine davon zu nennen. In Bürgergutachten, die das übliche Ergebnis einer solchen Veranstaltung sind, lassen sich Konflikte meist passgenauer regeln. Und wenn ein Bürgergutachten nicht zu einer Regelung führt, hat in der Planungszelle so viel fachkundige und kritische Diskussion stattgefunden, dass davon ein dann vielleicht folgender Volksentscheid nur profitieren kann.

Mein Vorschlag ist schon seit langer Zeit, dass regelmäßig vor Volksentscheide solcherart wendige Verfahren vorgeschaltet werden sollten oder müssten. Ich gehe davon aus, dass dadurch so mancher Volksentscheid erst gar nicht mehr nötig wäre – und es wäre viel Geld und Zeit und Enttäuschung gespart!

In Stuttgart war die Jacke schon von unten her falsch zugeknöpft, also kam man oben ebenfalls falsch an. Der Schlichtungsversuch Heiner Geißlers war für mich immer nur ein Beruhigungsversuch in einer explosiven Situation. Und dafür war er gut. Ich habe aber nie mit einer einvernehmlichen Regelung gerechnet. Vielleicht kann man jetzt noch Angebote an die Unterlegenen machen, bei der weiteren Ausgestaltung des Bahnhofs mitzuwirken. Aber ich bezweifle, dass dies mehr sein wird als das Aufbringen von Pflaster auf eine schwärende Wunde. Ich glaube nicht, dass Stuttgart durch den Volksentscheid befriedet ist.

Stuttgart muss uns eine dauerhafte Warnung sein, Bürgerinnen und Bürger als Experten vor Ort zu unterschätzen und eine so zentrale Entscheidung wie die Verlegung des Bahnhofs als alleinige Sache eines Elitkartells zu behandeln.

Alle Erfahrungen zeigen, dass möglichst frühzeitige Beteiligung die Gesamtkosten eines Vorhabens eher senkt als hebt. Die Erweiterung und Modernisierung der Hamburger Messe im letzten Jahrzehnt ist dafür ein ganz gutes Beispiel. Und ein negatives Beispiel ist die Verlängerung der Finkenwerder Start- und Landebahn für Airbus wenige Jahre vorher.

Hier in Altona verhandeln wir derzeit einige heiße Eisen: Autobahndeckel, Zukunftsplan Altona, Neue Mitte Altona. Was empfehlen Sie uns Politikern, damit es nicht zu einer Verhärtung der Fronten wie bei Stuttgart 21 kommt?

Der Hauptpunkt ist: Bürger so früh wie möglich beteiligen! Denn sie sind die Experten dieser ihrer Welt, die nachhaltig verändert wird. Und ein zweiter Hauptpunkt: So umfassend wie möglich beteiligen, in allen Fragen, die die Bürger selbst wünschen!

Ein dritter Punkt: Von Anfang an deutlich machen, wie weit die Beteiligung bei den Entscheidungen reichen kann.

Hier ist ein oft bestehendes Missverständnis zu klären: Beteiligung in der Art, wie ich sie hier kurz

beschrieben habe, kann nicht zu einer Mit-Entscheidung führen. Der wichtigste Grund: Die Beteiligungsmitglieder sind weder von der Bevölkerung gewählt noch in irgendeinem Sinne repräsentativ. Vielmehr können wir erfahrungsgemäß von einer bildungsbürgerlichen Schlagseite sprechen. Zudem können sie später nicht verantwortlich gemacht werden für die Folgen ihrer Entscheidung.

Infolgedessen kann der Beitrag von Beteiligung in einem Dokument bestehen, das man Bürgergutachten, Kontrakt o.ä. nennen kann. Dieses Dokument, oft sind es mehrere, muss allerdings einen zentralen Stellenwert haben. Es darf nicht einfach umgangen werden können, sondern es bedarf genauer Begründung, wenn ein legitimiertes Beschlussgremium, z.B. ein Parlament, diesem Gutachten, ganz oder teilweise, nicht folgen möchte. Hier ist diesen Gremien höchste Sensibilität anzuraten!

Die Erstellung solcher Dokumente kann auf vielerlei Art erfolgen. Hier ist Erfahrung und Pragmatismus gefragt. Als Moderator kann man den Teilnehmern Vorschläge machen und ihnen bei der Erstellung Hilfe leisten, die inhaltliche Arbeit ist aber voll und ganz den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorbehalten. Dabei wird sich dann immer herausstellen, dass ein solches Gutachten nur über die Vermittlung von Widersprüchen und Konflikten zwischen den

Partizipationsbeteiligten zustande kommt. Fälle, in denen alle Beteiligten einer Meinung sind, sind eher selten.

Wenn aber keine Einigung zustande kommt, sind solche Bürgergutachten natürlich weniger wert, aber nicht wertlos. In einer Demokratie gibt es immer auch die Möglichkeit, darin übereinzustimmen, dass man nicht übereinstimmt – die klassische Formel: We agree to disagree.

In solchen Fällen hat der Entscheider allerdings größere Handlungsfreiheit als wenn er ein Bürgergutachten zu berücksichtigen hat, das einigermaßen im Konsens ist.

Und ein weiteres sollte klar sein: Bürgerbeteiligung ist kein einmaliger Prozess am Anfang einer Planung, sondern muss im späteren Umsetzungsverlauf ständig weiter angeboten werden. Denn auch da bzw. oft erst gerade da fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger von den geplanten Veränderungen am meisten betroffen.

Wenn Sie dies alles berücksichtigen, könnte ich mir gut vorstellen, dass Sie wesentlich zur Begründung und Pflege einer Beteiligungskultur beitragen, die wir alle dringend benötigen, um mit den allfälligen Konflikten in einer demokratischen – und nicht autoritären – Weise zurecht zu kommen.

Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter

ist emeritierter Universitätsprofessor an der Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr, Hamburg. Er hatte dort von Oktober 1973 bis Februar 2007 den Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie, an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften inne.

Seine Schwerpunkte in Lehre und Forschung waren Demokratie und Politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland sowie Partizipation/Bürgerbeteiligung, wozu er auch zahlreiche Publikationen vorgelegt hat.

Er hat seit mehr als zwanzig Jahren eine Reihe von Bürgerbeteiligungen in Hamburg, z.B. bei der Messeerweiterung, und anderen Städten durchgeführt und engagiert sich auch nach seiner Emeritierung weiterhin in den genannten Schwerpunkten in Theorie und Praxis.

Im Bezirk Altona moderiert er seit Frühjahr 2010 die Koordinierungsgruppe zur Bürgerbeteiligung am Zukunftsplan Altona und seit Mai 2011 begleitet er zusammen mit Markus Birzer den Planungsprozess um die Neue Mitte Altona.

Gessenharter wohnt in Buxtehude.

Für weitere Informationen siehe im Internet:

prof-gessenharter.de

Infozentrum „Neue Mitte Altona“ eröffnet

Ein greifbares Beispiel für gelebte Bürgerbeteiligung findet sich im derzeit größten Projekt des Bezirks Altona, der Entwicklung des neuen Stadtteils „Mitte Altona“: Auf einem 75 Hektar großen Areal, das entspricht rund 75 Fußballfeldern, auf der Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs Altona soll westlich der Harkortstraße ein neuer Stadtteil entstehen, größtenteils

mit Wohnungen sowie mit Schulen und Kindergärten, Gewerbe und Einzelhandel, Parks und Straßen sowie öffentlichem Nahverkehr. Eine große Aufgabe, die von den Anwohnern und der Öffentlichkeit genauestens beobachtet wird, und bei der vorab durch die Einbeziehung von sechs Bürgervertretern zum Preisgericht des städtebaulich-landschaftsplanerischen Wett-

bewerbs für den neuen Stadtteil „Mitte Altona“ den Belangen der Bürger Ausdruck verliehen werden konnte.

Um alle Interessierten regelmäßig über die dort geplanten oder schon in der Ausführung befindlichen Bauvorhaben informieren zu können, wurde Ende November das Infozentrum „Mitte Altona“ eröffnet. Es befindet sich in der Harkortstraße 121

in unmittelbarer Nähe zum ersten Bauabschnitt des neuen Stadtteils. Montags und donnerstags von 15 bis 20 Uhr sowie sonntags von 11 bis 16 Uhr ist das Infozentrum geöffnet, zusätzlich gibt es auch montags von 17 bis 19 Uhr eine Sprechstunde, bei der man seine Fragen oder Anliegen zum Projekt „Neue Mitte Altona“ im direkten Gespräch klären kann.



Jung und Alt informieren sich. An der Wand ein Foto vom Ist-Zustand. Auf den weißen Zetteln haben Besucher ihre Wünsche an den neuen Stadtteil notiert.

Angeregte Diskussionen rund um die Eröffnung des Infozentrums „Mitte Altona“ am 26. November 2011.



Gewalt gegen Frauen (und Kinder)...

... grausame Realität bei uns und in vielen anderen Ländern

von

*Ilona Schulz-Müller,
Sprecherin für Gleich-
stellung und Integration*

Am 25. November jährte sich der Tag, der von Terre des Femmes ins Leben gerufen und von den Vereinten Nationen als Erinnerungstag anerkannt wird, um auf die häufig mehr als prekäre Lebenssituation von Frauen auf der ganzen Welt aufmerksam zu machen. Hintergrund für die Entstehung des Aktionstages war die Verschleppung, Vergewaltigung und Ermordung von 3 Frauen im Jahre 1960 in der Dominikanischen Republik durch Soldaten des ehemaligen Diktators Trujillo. Seitdem wird am 25. November 1981 weltweit durch Aktionen, Veranstaltungen und Tagungen zur Beendigung der Gewalt an Frauen aufgerufen.

Gewalt an Frauen ist eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Laut UNO wird jede dritte Frau in ihrem Leben einmal geschlagen, vergewaltigt oder anderweitig missbraucht. Nicht zuletzt die sogenannten „Ehrenmorde“, von denen wir in Hamburg einige in den letzten Jahren zur Kenntnis nehmen mussten, sprechen eine eigene, grausame Sprache. Nach einer britischen Studie betragen die Folgekosten der häuslichen Gewalt weltweit ca. 40,2 Milliarden •



Am Balkon vor dem Kollegiensaal wird die Fahne gegen Gewalt an Frauen gehisst

(Polizei, ärztliche Behandlung, Justiz...) Die WHO (World Health Organisation) benennt die Gewalt an Frauen und Mädchen als weltweit eines der größten Gesundheitsprobleme. Oft tragen die Frauen bleibende Schäden mit andauernden, gesundheitlichen Folgen nach der Gewaltanwendung durch ihr Leben.

Für viele Frauen und Kinder in der Bundesrepublik gehört Gewalt zu ihrem Alltag, unabhängig von Einkommen, Bildung und Gesellschaftsschicht. Überall leben Frauen im eigenen Heim am gefährlichsten. Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache von Verletzungen an Frauen. Die Zahl der Verletzungen ist insgesamt höher als diejenigen bei Verkehrsunfällen und Krebs. In Deutschland war und ist jede vierte Frau Opfer von häuslicher Gewalt, dabei sind in 80-90 % der Fälle Frauen die Opfer und Männer die Täter. Jährlich flie-

hen in Deutschland ca. 45.000 Frauen mit ihren Kindern in Frauenhäuser oder Zufluchtswohnungen. Im Jahr 2009 suchten in Hamburg 853 Frauen und 655 Kinder Schutz in einem der autonomen Hamburger Frauenhäuser. Die Hamburger Frauenhäuser sind nach wie vor ständig hoch belegt und müssen um ihre auskömmliche Finanzierung kämpfen.

Das seit 2002 bestehende Gewaltschutzgesetz zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt wurde 2005 in Hamburg als „Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ auf den Weg gebracht. Seither können sich Opfer wirkungsvoller vor Tätern schützen. Die 2010 vom Hamburgischen Senat geforderten Maßnahmen zur erweiterten Prävention und zum Schutz von Frauen durch einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und die

Einrichtung eines Sonderdezernats bei der Staatsanwaltschaft werden weiter verfolgt und ausgebaut. Ein Tag im Jahr ist wichtig, um die Sensibilität für dieses Thema zu erhöhen, ersetzt aber nicht konkrete, kontinuierliche Maßnahmen, um die Lebensbedingungen für Frauen zu verbessern.

Gewaltausübung ist eine Negativspirale: Menschen, die mit Gewalt konfrontiert werden und sie in Kindheit und Jugend selbst erleiden müssen, leben diese häufig in der eigenen Familie weiter – eine zerstörerische Abwärtsspirale, die auch zur Zerstörung gesellschaftlicher Strukturen führt – unabhängig von Religion, Kultur und Herkunft. Deshalb hat auch Altona am Rathaus die Fahnen gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2011 gehisst – zur Forderung nach freiem Leben ohne Gewalt.



Ilona Schulz-Müller

Bezirksversammlung beschließt Fördermittel für die Stadtteile

von
Stefan Krappa,
haushaltspolitischer
Sprecher

Die Bürgerschaft hat über den jetzt beschlossenen Doppelhaushalt 2011/2012 den Bezirksversammlungen wieder so genannte „Politik-Mittel“ bereit gestellt. In Altona sind daraus in der November-Bezirksversammlung zahlreiche interessante und wichtige Projekte bezuschusst worden. Neben den klassischen Sondermitteln in Höhe von 74.000 EUR, die für kleinere Projekte von Privatpersonen und Vereinen vorgesehen sind, sind einstimmig fast 500.000 EUR für Schwerpunktbereiche bereit gestellt worden. SPD und GAL hatten eine umfangreiche Liste erarbeitet, um die Politikfelder Soziale Stadtteilentwicklung, Grün, Sport, Verkehr und Kultur mit zusätzlichen Geldern auszustatten. Auch wenn die Bezirke keine eigenen

Haushalte haben, können so wichtige Projekte vorgebracht werden. Was aber verbirgt sich genau hinter dem Begriff der „Anreiz- und Fördersysteme“? Die Idee dahinter ist, den Bezirken eine Art „Belohnung“ zukommen zu lassen, wenn sie die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Hamburg erhöhen und insbesondere zusätzliche Baugebiete für Wohnen und Gewerbe ausweisen. 2009 hat der Senat für die Bezirke ein neugestaltetes integriertes Anreizsystem beschlossen. Ziel dieses Systems ist die Stärkung und Konkretisierung der politischen Verantwortung vor Ort. Für die Verteilung auf die Bezirke standen ursprünglich 5,5 Mio. Euro zur Verfügung. Im Rahmen der Konsolidierung wurden die Mittel vom alten Senat auf 3 Mio. Euro abgesenkt. Die Mittel werden von der Finanzbehörde über ein kennzahlengesteuertes Ausschüttungs-

system auf die Bezirke verteilt. Der „Förderfonds Bezirke“ liefert sowohl Investitionsmittel als auch Globalmittel, mit denen Sach- und Investitionsmittel bereit gestellt werden. Als weiteren Titel gibt es den „Gestaltungsfonds für Investitionen mit örtlichem Bezug“, die Baumaßnahmen und Beschaffungen fördern. Es ist aber auch zulässig, förderungswürdige kulturelle, soziale, wirtschaftliche und gemeinnützige Projekte zu fördern, auch in Form von Honoraren. Letztmalig in diesem Jahr konnten Gelder zur „Gestaltung des öffentlichen Raumes“ ausgezahlt werden. Schon der letzte CDU-GAL-Senat hatte beschlossen, die ursprünglich aus der Aufstellung von neuen beleuchteten Großwerbeanlagen den Bezirken zufließenden anteiligen Einnahmen zu streichen und zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen. Der SPD-Senat

hat hier keine Veränderungen vorgenommen, so dass zukünftig diese Gelder nicht mehr zur Verfügung stehen. Als letzte Säule von Anreizmitteln gibt es den Titel „Verwendung von Einnahmen für andere bezirkliche Zwecke“, die ebenfalls für Investitionen und Sachausgaben vorgesehen sind. Er besteht aus Mehreinnahmen und wird gespeist aus „Benutzungsgebühren Tiefbau aus Sonderveranstaltungen und dgl.“ sowie aus Mehreinnahmen an „Benutzungsgebühren Grün- und Erholungsanlagen“. Mehreinnahmen werden zu 50% den Bezirksversammlungen zur Ausschüttung bereit gestellt.



Stefan Krappa

Verwendung der Fördermittel 2011 / 2012:

Bürgerhaus Bornheide am Osdorfer Born, 100.000 Euro für zwei Fahrstühle +++ **Osdorfer Born**, Nachsorge im Rahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung, 35.000 Euro +++ **Kinderzirkus Abraxkadabrax**, Osdorfer Born, Heizkostenzuschuss, 8000 Euro +++ **Kulturzentrum Heidbarghof**, Osdorf, 30.000 Euro für Sanierungsmaßnahmen +++ **Internationale Schule**, Hemmingstedter Weg in Osdorf, 20.000 Euro, Gestaltung einer Grünfläche als Naturspielraum +++ **Kulturzentrum Böv 38**, Lurup, 25.000 Euro, Sicherung der Personalkosten in 2012 +++ **SV Lurup**, 37.350 Euro, Wiederherstellung der Minigolfanlage +++ **La Cantina** und Holzwerkstatt, KOALA in Otten- sen, 18.000 Euro für Mietkosten +++ **Ottenser Hauptstraße** vor Mercado, Otten- sen, 80.000 Euro, Neueinfassung Baumscheiben und Pflanzenkübel +++ Zentrum für Frauen in Altona-Nord **FLAKS**, 7000 Euro, Weiterbe- trieb interkultureller Mittagstisch und Einführung Alphabetisierungskurs +++ **Kinderspielplatz Langbehnstraße**, Bahrenfeld, 70.000 Euro, dringende Sanierungsmaßnahmen +++ **Obstbaumpflanzungen**, gesamtes Altona, 15.000 Euro +++ **Naturschutzgebiet Wittenbergen**, 15.000 Euro, Sicherung eines Natursteinhangs für Reptilien +++ **Bibliothek des Christianeums**, Othmarschen, 18.000 Euro, Restaurierung wertvoller Handschriften

Ihre Altonaer SPD-Abgeordneten:



SPD



**Thomas
Adrian**



**Behcet
Algan**



**Andreas
Bernau**



**Mark
Classen**



**Martina
Friederichs**



**Anne-Marie
Hovingh**



**Alexander
Hund**



**Astrid
Juster**



**Wolfgang
Kaeser**



**Gesa
Kahl-Böhnert**



**Stefan
Krappa**



**Heiko
Menz**



**Antje
Mohr**



**Silvia Nitsche-
Martens**



**Claudius
von Rüden**



**Melanie
Schlotzhauer**



**Oliver
Schmidt**



**Ilona
Schulz-Müller**



**Hendrik
Sternberg**



**Henrik
Strate**



**Dr. Frank
Toussaint**



**Gregor
Werner**

SPD-Fraktion

In der Bezirksversammlung Altona

Tel. (040) 3895 332 | Fax (040) 38 61 56 43 | info@spdfraktionaltona.de | www.spdfraktionaltona.de

Zubenannte Bürger der SPD-Fraktion Altona

Mülkiye Ak
Hans-Jürgen Bardua
Moritz Beckmann
Katrin Behrmann
Björn Beilfuß
Michael Berent
Manuela Bergmann
Hans-Jürgen von Borstel
Mathias Büttner
Mithat Capar
Boyke Christensen
Britta Dauer
Ingrid Harpe
Horst Hente
Dr. Elke Jakobowski
Dr. Gerd Jütting
Öghan Karakas
Henning Kirsch
Margret Kistner
Sabine Köster
Hartmut Kohl
Lars-Peter Lange
Dieter Langhoff

Lurup
Lurup
Flottbek
Ottensen
Othmarschen
Ottensen
Altona-Nord
Altona-Nord
Altona-Altstadt
Ottensen
Flottbek
Rissen
Blankenese
Lurup
Rissen
Ottensen
Bahrenfeld
Sülldorf
Sülldorf
Bahrenfeld
Altona-Altstadt
Altona-Nord
Altona-Altstadt

Susanne Lehmann-Reupert
Richard Lemloh
Uwe Lorenz
Hermann Mahnkopf
Dr. Focko Meier
Patrick Müller-Constantin
Mohammed Nadeem
Peter Nierhaus
Helga Nikodem
Irmgard Noack-Lampé
Michael Pantelouris
Michael Preuss
Rolf Ringleb
Dirk Schöler
Sven Schuldt
Otto Schunke
Brigitte Stobbe
Torsten Titze
Brigitte Urban-Binder
Andreas Wolf
Viginia Wright
Reinhard Zaage

Blankenese
Bahrenfeld
Bahrenfeld
Lurup
Ottensen
Altona-Nord
Lurup
Ottensen
Othmarschen
Blankenese
Altona-Altstadt
Blankenese
Altona-Altstadt
Altona-Altstadt
Ottensen
Altona-Altstadt
Osdorf
Bahrenfeld
Sülldorf
Altona-Nord
Bahrenfeld
Bahrenfeld

Unsere Mitglieder in den Ausschüssen

Ältestenrat und Geschäftsordnungs-Ausschuss

Mitglieder: Dr. Frank Toussaint (Vorsitzender), Thomas Adrian (Sprecher), Mark Classen, Martina Friederichs, Astrid Juster
Vertreter: Antje Mohr, Alexander Hund

Hauptausschuss

Mitglieder: Dr. Frank Toussaint (Vorsitzender), Thomas Adrian (Sprecher), Martina Friederichs, Mark Classen, Astrid Juster, Antje Mohr

Planungsausschuss

Mitglieder: Mark Classen (Vorsitzender), Thomas Adrian (Sprecher), Henrik Strate, Gregor Werner, Wolfgang Kaeser, Alexander Hund
Vertreter: Dr. Gerd Jütting, Susanne Lehmann-Reupert

Haushalts- und Vergabeausschuss

Mitglieder: Stefan Krappa (Sprecher), Ilona Schulz-Müller (stv. Vorsitzende), Gesa Kahl-Böhnert, Hendrik Sternberg, Helga Nikodem, Margret Kistner
Vertreter: Sven Schuldt, Uwe Lorenz

Jugendhilfeausschuss

Mitglieder: Brigitte Stobbe (Sprecherin), Oliver Schmidt, Astrid Juster
Vertreter: Irmgard Noack-Lampé, Heiko Menz, Anne-Marie Hovingh

Ausschuss für Kultur und Bildung

Mitglieder: Astrid Juster (Sprecherin Bildung), Anne-Marie Hovingh (Sprecherin Kultur), Hans-Jürgen von Borstel, Antje Mohr, Sabine Köster, Otto Schunke
Vertreter: Henning Kirsch, Mohammed Nadeem

Verkehrsausschuss

Mitglieder: Henrik Strate (Sprecher), Reinhard Zaage (stv. Vorsitzender), Hendrik Sternberg, Behcet Algan, Rolf Ringleb, Ingrid Harpe
Vertreter: Horst Hente, Moritz Beckmann

Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport

Mitglieder: Andreas Bernau (Vorsitzender), Wolfgang Kaeser (Sprecher), Gesa Kahl-Böhnert, Behcet Algan, Dr. Frank Toussaint, Hermann Mahnkopf
Vertreter: Björn Beilfuß, Brigitte Urban-Binder

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Sicherheit

Mitglieder: Antje Mohr (Vorsitzende), Claudius von Rügen (Sprecher), Andreas Bernau, Katrin Behrmann, Mithat Capar, Manuela Bergmann
Vertreter: Hartmut Kohl, Torsten Titze

Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit

Mitglieder: Wolfgang Kaeser (Vorsitzender), Martina Friederichs (Sprecherin), Andreas Bernau, Oliver Schmidt, Lars-Peter Lange, Hans-Jürgen Bardua
Vertreter: Dr. Elke Jakobowski, Michael Pantelouris

Bauausschuss

Mitglieder: Mark Classen (Sprecher), Wolfgang Kaeser, Gregor Werner, Henrik Strate, Peter Nierhaus, Michael Berent
Vertreter: Britta Dauer, Andreas Wolf

Ausschuss für Soziales, Arbeit, Senioren, Integration und Gleichstellung

Mitglieder: Melanie Schlotzhauer (Sprecherin Soziales/Arbeit; stv. Vorsitzende), Antje Mohr (Sprecherin Senioren), Ilona Schulz-Müller (Sprecherin Integration/Gleichstellung), Behcet Algan, Stefan Krappa, Richard Lemloh
Vertreter: Michael Preuß, Mülkiye Ak

Regionalausschuss I (Ottensen, Sternschanze, Altona-Nord, Altona-Altstadt)

Mitglieder: Gregor Werner (Sprecher), Anne-Marie Hovingh (stv. Vorsitzende), Mark Classen, Dirk Schöler, Patrick Müller-Constantin, Silvia Nitsche-Martens
Vertreter: Focko Meier, Mathias Büttner

Regionalausschuss II (Bahrenfeld, Lurup, Osdorf, Isarbrook)

Mitglieder: Claudius von Rügen (Vorsitzender), Heiko Menz (Sprecher), Astrid Juster, Martina Friederichs, Hendrik Sternberg, Boyke Christensen
Vertreter: Öghan Karakas, Virginia Wright

Sonderausschuss IKEA

Mitglieder: Mark Classen (Vorsitzender), Thomas Adrian (Sprecher), Gregor Werner, Wolfgang Kaeser, Henrik Strate
Vertreter: Dieter Langhoff, Alexander Hund

Was sind zubenannte Bürgerinnen und Bürger?

Jede Fraktion in der Bezirksversammlung hat das Recht, entsprechend der Zahl ihrer Abgeordneten Mitglieder in die Ausschüsse zu entsenden. Maximal die Hälfte ihrer Ausschussplätze kann jede Partei an Bürgerinnen und Bürger ihres Vertrauens vergeben, die nicht ins Parlament gewählt worden sind. Damit werden einerseits die Abgeordneten entlastet, und zum anderen haben die Fraktionen die Möglichkeit, ausgewiesene Fachleute in die Ausschüsse zu benennen. Lediglich im Hauptausschuss sind keine zubenannten Bürger vorgesehen. Die SPD nimmt von dieser Möglichkeit regen Gebrauch, wir haben aktuell 45 zubenannte Bürgerinnen und Bürger.

Böv 38 bleibt geöffnet

Das Stadtteilhaus Lurup ist bis Ende 2012 gesichert

von
Thomas Adrian

Nach der Schließung des Hauses der Jugend und der Öffentlichen Bücherhalle in Lurup durch den früheren Senat hat das Stadtteilzentrum „Böv 38“ für Lurup eine so wichtige Rolle bekommen, dass wir es auf Dauer absichern müssen. Dies ist nicht einfach, auch in der Zeit, in der es andere Mehrheiten auf Bürgerschafts- und Bezirksebene gab, reichten die Gelder nicht aus.

schäftigung der elf Aktivjobber ist in dieser Form nicht mehr möglich. Nun ist es Ziel meiner Fraktion, das Böv 38 langfristig auf solide wirtschaftliche Füße zu stellen. So haben wir es im Koalitionsvertrag mit der GAL vereinbart.

Das ausgesprochen umfangreiche Leistungsspektrum des Böv 38 ist aber mit der Kapazität nur einer hauptamtlichen Mitarbeiterin und ohne die tatkräftige Unterstützung der Aktivjobber nicht



Vorerst gesichert: Der Mittagstisch im Böv 38



Seminarteilnehmer vor dem Böv 38

Die Arbeit vor Ort konnte nur von Aktivjobbern geleistet werden, die einen wichtigen Beitrag für Lurup geleistet haben. Nachdem nun auf Bundesebene mit einer Mehrheit von CDU/CSU und FDP die Mittel für die sogenannten „1-Euro-Jobber“ gekürzt wurden, musste auch Hamburg Stellen in diesem Bereich streichen. Davon ist auch das Böv 38 betroffen; die Weiterbe-

zu organisieren. Damit die Einrichtung auch über den Jahreswechsel hinaus in gewohnter Weise weiterarbeiten kann, hat die Leitung des Böv 38 den Finanzbedarf bis Ende 2012 auf 50.000 Euro beziffert. Deswegen haben wir in der Novembersitzung der Bezirksversammlung beschlossen, dass aus dem Topf der Anreiz- und Fördersysteme kurzfristig

25.000 Euro bereitgestellt werden sollen, eine zweite Tranche in derselben Höhe soll im Laufe des Jahres 2012 folgen. Mit großer Mehrheit ist die Bezirksversammlung unserem Antrag gefolgt. Einschränkend wurde gesagt, dass die 25.000 Euro unter einen Sperrvermerk gestellt würden, falls die Hamburgische Bürgerschaft diese Mittel bereitstellen würde. Denn zeitgleich hatte die SPD-Fraktion für die anstehenden Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft einen Überbrückungsfond mit einer Million Euro für den laufenden Betrieb der Hamburger Stadtteilkulturhäuser beantragt. Inzwischen ist dieser Überbrückungsfond beschlossen und Altona hat entsprechend seiner Einwohnerzahl rund 144.000 Euro erhalten, je zur Hälfte für 2011 und 2012. Daraufhin hat der Haushalts- und Vergabeausschuss der Bezirksversammlung Altona

kurz vor Weihnachten beschlossen, dass die zugesagten 25.000 Euro aus dem Überbrückungsfond bereitgestellt werden. Zum Jahresanfang soll auch auf Grundlage eines bereits vorliegenden Konzeptes von Seiten des Böv 38 über die zweite Tranche von 25.000 Euro entschieden werden. Somit bleibt das Böv 38 auch über den Jahreswechsel hinaus dem Stadtteil und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern im gewohnten Umfang erhalten. Eines muss jedoch allen Beteiligten klar sein: Eine dauerhafte Lösung haben wir damit noch nicht erreicht. Ich bin jedoch guter Hoffnung, dass wir diese bekommen werden. Denn auch in den Hamburger Behörden hat man mittlerweile erkannt, dass Einrichtungen wie das Böv 38 in den früheren Gebieten der Aktiven Stadtteilentwicklung unverzichtbar sind.

Tourismus in Altona

Eine kleine Rückblende zum „Tag der Wirtschaft“

von
Antje Mohr,
Vorsitzende im Ausschuss
für Wirtschaft, Tourismus
und Sicherheit

Der diesjährige Tag der Wirtschaft stand unter dem Thema „Wirtschaft und Tourismus in Altona“. Dass das kein Orchideenthema ist belegt die Zahl von rund 10.000 Wirtschaftsunternehmen, die im Bezirk Altona direkt oder indirekt, aber vorrangig im Bereich Tourismus agieren.

Touristische Magneten sind das Kreuzfahrtterminal, Großveranstaltungen wie Schlagermove, Altonale und Stamp oder auch das Musical Tarzan in der Neuen Flora sowie die Arenen, das Treppenviertel in Blankenese und das kunterbunte Schanzenviertel. Zudem beheimatet Altona eine rege Kulturszene aus großen und kleinen Theatern, Museen und Galerien. Nicht zu vergessen die Betriebe aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe. Um diese großen und kleinen Unternehmen, die teilweise im wirtschaftlichen Wettbewerb zueinander stehen, miteinander ins Gespräch zu bringen, haben wir vom Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Sicherheit den Tag der Wirtschaft federführend geplant und durchgeführt.

Rund 100 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Kultur sowie aus Altonas Part-



Interessiert verfolgten die Teilnehmer am „Tag der Wirtschaft“ die einleitenden Worte zum Tagesablauf, später fanden sie sich zu Arbeitsgruppen an den Stehtischen zusammen.

nergemeinden und der Metropolregion trafen sich im „Business Club Hamburg“ in der „Plangeschön Villa“, die wunderschön am Elbhänge in unmittelbarer Nähe zum Altonaer Rathaus steht. Im Vorfeld konnten die Gäste Ihre Erwartungen und Anregungen an den Tag mitteilen, aus diesen Vorgaben hatten wir sieben „Themen-Tische“ entwickelt.

Bei einem der Stehtische ging es darum, verstärkt Kreuzfahrttouristen für einen Altonabesuch zu begeistern. Ein anderer Tisch hat die Frage verfolgt, wie kann man Beziehungen zwischen der Metropolregion und Altona zum wechselseitigen Nutzen knüpfen. Wieder ein anderer Tisch hatte die Aufgabe, sich Möglichkeiten der Doppelnutzung von Flächen und Gebäuden zu überlegen. Auch neue Visionen zur „Elbmeile“ und zu den „Alto-

naer Spaziergängen“ wurden an anderen Tischen diskutiert. Jeder Gast konnte sich spontan an einen beliebigen Thementisch stellen und nach einer kurzen Einleitung durch den Moderator legten die sieben Gruppen los, Ideen und Impulse zu sammeln. Das Ziel war natürlich immer, gemeinsam Ideen zu entwickeln, die so attraktiv und pfiffig sind, dass sie Touristen zum Ausflug nach Altona verlocken.

Die Ergebnisse dieser sieben relativ kurzen Brainstormings wurden anschließend im Plenum vorgestellt. Hier zeigte sich mir sehr deutlich, wie viel Sachverstand und kreatives Potenzial sich im Saal versammelt hatte. Der Tag der Wirtschaft ist nicht als singuläre Veranstaltung gedacht. Vielmehr hat der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Sicherheit

aus der Mitte seiner Mitglieder eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet, die den Tag der Wirtschaft auswerten wird. Der Erfolg der Veranstaltung wird mittelfristig daran gemessen werden, ob er substantielle Impulse geben konnte für die Entwicklung des Tourismus in Altona. Für mich steht jetzt schon fest, dass der Ausschuss einzelne Unternehmen einladen sollte, um tiefgehende Gespräche zu speziellen Aspekten zu erörtern.



Antje Mohr begrüßt die Gäste am Tag der Wirtschaft

Der neue Schulentwicklungsplan 2012 ist da!

von
Astrid Juster,
bildungspolitische
Sprecherin

Ende Oktober wurde er vorgestellt, der neue Schulentwicklungs-Plan 2012, von der Fachwelt auch SEPL genannt.

Zunächst als Referentenentwurf, der nun von verschiedenen Gremien diskutiert und kommentiert wird, ehe er abschließend von der Deputation am 1. Februar 2012 beschlossen werden wird. Soweit der SEPL den Bezirk Altona betrifft, hat ihn ein Vertreter der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) in der Novembersitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung ausführlich und kompetent erläutert. In Gesprächen mit unserem Koalitionspartner GAL konnten wir zügig Übereinstimmung erzielen für unsere gemeinsame Beschlussempfehlung an die Bezirksversammlung. Das lag daran, dass die BSB für die Knackpunkte in der Altonaer Schullandschaft nachvollziehbare und akzeptable Lösungen vorgeschlagen hat.

Das gilt etwa für die bauliche Erweiterung der Stadtteilschule Lurup. Trotz langwieriger Verhandlungen war es nicht mehr gelungen, einen Schulbau auf früheren Flächen der Firma Hermes zu planen. Der schwarz-grüne Senat hatte hier andere Weichen gestellt, das Gelände war schon an

eine Wohnungsbaufirma verkauft. Die nötigen Baumaßnahmen sollen nun am Vorhornweg durchgeführt werden. Das wird dazu führen, dass die Grundschule Luruper Hauptstraße, die langfristig dreizügig geplant ist, und die Sekundarstufe II der Stadtteilschule an der Luruper Hauptstraße bleiben werden. Die Sekundarstufe I wird dann an den Vorhornweg umziehen.

Auch für weitere Stadtteilschulen, die aktuell aus den Nähten platzen, bietet der SEPL sinnvolle Lösungen. So wird die Stadtteilschule Goosacker in die Räume der Handelsschule am Ohlenkamp umziehen.



Nach dem Umzug wird die Stadtteilschule Goosacker einen neuen Namen und ein neues Logo benötigen

Für die Stadtteilschule Kurt-Tucholsky und die Schule Königstraße hat die BSB nach enger Absprache mit dem Bezirk Lösungen entworfen, die den zukünftigen Entwicklungen in Altona auch in schulischer Hinsicht Rechnung tragen. So ist vorgesehen, dass die Kurt-Tucholsky Schule im Neubaugebiet Altona Mitte neu errichtet wird, so dass mit einer Kapazität von fünf bis sechs Zügen

in der Sekundarstufe I und drei Zügen in der Sekundarstufe II auch der Bedarf des Neubaugebiets mit berücksichtigt werden kann.

Über den Standort der Stadtteilschule Rissen wird derzeit eine Machbarkeitsstudie erstellt, die wohl Anfang 2012 vorliegen wird.

Im Vergleich zu seinem Vorgänger zeichnet sich dieser SEPL wohltuend dadurch aus, dass er die Bevölkerungsentwicklung in den Quartieren angemessen berücksichtigt. Nicht nur bauliche Schulerweiterungen, die jetzt anstehen, werden genannt, sondern eben auch jene, die zukünftig notwendig sein werden. Deshalb konnte die Bezirksversammlung dem Referentenentwurf des Schulentwicklungsplans 2012 auch mehrheitlich zustimmen. Für uns Sozialdemokraten liegt ein Schwerpunkt der Schulpolitik in der Ausstattung der Ganztags-Inklusions-Schulen mit den nötigen personellen und finanziellen Ressourcen. Um Inklusion erfolgreich umsetzen zu können, bedarf es intensiver Bearbeitung des gesamten Themenfeldes „Sonderschulen – Inklusion“. Hier müssen klare Wege aufgezeigt werden. Für die erfolgreiche Umsetzung der Inklusion muss die BSB den entsprechenden Schulen deutlich mehr unter die Arme greifen, als bislang. Das gilt insbesondere für entsprechende personelle

und räumliche Ausstattung.

In der Einleitung zum SEPL heißt es: „Nach stürmischen Strukturdiskussionen und zahlreichen Schulveränderungen soll das Hamburger Schulsystem jetzt eine klare Perspektive bekommen. Mit der vierjährigen Grundschule und den beiden weiterführenden Schulformen Stadtteilschule und Gymnasium hat Hamburg ein modernes und sehr leistungsfähiges Schulsystem, das jetzt die Zeit bekommen soll, um sich zu entwickeln.“

Schule soll Zeit bekommen, sich zu entwickeln. Das ist gut so. Warum aber soll jetzt in aller Eile das Projekt „Horte-an-die-Grundschulen“ durchgezogen werden? Die Probleme, die sich aus diesem Projekt zum einen für die Schulen, zum anderen für die Träger der Horte und anderer freier Bildungseinrichtungen ergeben sind immens!

Gut Ding – wenn es denn tatsächlich gut ist – will Weile haben!!



Astrid Juster

Neue Mitte auf alter Brache

Was für Hamburg die Hafencity, das wird die Neue Mitte für den Bezirk Altona:

Eine aufgelassene Industriebrache an prominenter Stelle, die wieder in die Stadt eingegliedert wird. Während die Hafencity längst schon als neuer Stadtteil wahr-

nehmbar ist, der direkt an die alte Stadtmitte angrenzt, beginnt im Areal der zukünftigen Neue Mitte Altona derzeit erst die konkrete Planung.

Noch ist das 75 Hektar große Gelände mitten im Herzen von Altona von leerstehenden Hallen,

brachliegenden Eisenbahnflächen und wildem Pflanzenbewuchs gezeichnet.

Bei einer Ortsbesichtigung mit der SPD-Bezirksfraktion hat der Fraktionsvorsitzende Thomas Adrian den morbiden Charme der seit Jahrzehnten unter-

genutzten Industriefläche fotografiert.

Herrmann Hesse dichtete einst „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“ Angesichts dieser Impressionen mag man ihm entgegen: Manchem Ende aber auch.







Kennen Sie Ihre Abgeordneten?

Auch in dieser Ausgabe des Newsletters möchten wir Ihnen wieder zwei Abgeordnete der Altonaer Bezirksversammlung etwas näher vorstellen:

Gesa Kahl-Böhnert



Persönliches:

Geboren am 18.04.1948 in Brunsbüttelkoog, lebt seit 1969 in Hamburg. Sie ist verheiratet, ihre beiden Kinder sind schon aus dem Haus. Sie ist Bankkauffrau und dipl. Handelslehrerin und arbeitet als Verwaltungskraft des Betriebes DESY.

Entspannung findet sie in der Natur, beim Lesen und Malen, Yoga und mit Familie und Freunden.

Ich finde Altona lebens- und lebenswert, weil...:

es lebendig und vielseitig ist und mit Hafen, Elbstrand und Parks erlebnisreiche landschaftliche, kulturelle und internationale Facetten aufweist.

Kontakt:

Kahl-boehnert
@spdfraktionaltona.de

Politisches:

Sie repräsentiert den Wahlkreis Blankenese und ist erst seit dieser Wahlperiode in der Bezirksversammlung Altona. Sie ist Mitglied im Haushalts- und Vergabeausschuss und im Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport.

Antje Mohr



Persönliches:

Geboren am 19.08.1943 in Stolp/Pommern. Sie ist verheiratet, hat eine Tochter, zwei Enkelkinder und lebt in Blankenese. Nach einer Ausbildung zur Lithographin war sie lange Zeit selbständige Kauffrau im graphischen Gewerbe und ist nun im Ruhestand.

Ihre Freizeit genießt sie mit Joggen und Segeltörns auf Nord- und Ostsee.

Kontakt:

Mohr@spdfraktionaltona.de

Politisches:

Sie repräsentiert den Wahlkreis Blankenese und ist in der zweiten Wahlperiode in der BV.

Sie ist Mitglied im Fraktionsvorstand, Vorsitzende des Ausschuss Wirtschaft, Tourismus und Sicherheit und seniorenpolitische Sprecherin.

Ich finde Altona lebens- und lebenswert, weil...:

so viele Menschen aus verschiedenen Kulturen hier ihr Zuhause gefunden haben und friedlich miteinander leben.

Wir sind für Sie da!

Alexander Hund

Fraktionsgeschäftsführer

Kontakt:

hund@spdfraktionaltona.de



Kirstin Strahl- Höhler

Fraktionsassistentin

Kontakt: strahl-hoehler

@spdfraktionaltona.de



Hans Wille

Wissenschaftlicher
Mitarbeiter

Kontakt:

wille@spdfraktionaltona.de



IMPRESSUM

Vi.S.d.P: Thomas Adrian
SPD-Fraktion Altona
Max-Brauer-Allee 20
22765 Hamburg

info@spdfraktionaltona.de
www.spdfraktionaltona.de

Redaktionelle Bearbeitung, Layout und Fotos:
Alexander Hund
Hans Wille
Kirstin Strahl-Höhler